

ZUR SACHE

Kehrtwende in Grossbritannien



Das Bild des toten Flüchtlingsknaben am Strand von Bodrum hat Grossbritannien wachergetzt. Nun will das Land mehr Kriegsvertriebene aufnehmen.

Grossbritannien blickt auf eine stolze Tradition in der Flüchtlingshilfe zurück. Umso absonderlicher wirkte in den vergangenen Wochen die Reaktion von Regierung und Gesellschaft auf das Elend im Mittelmeerraum und auf dem Balkan. Gewiss, London schickte Kriegsschiffe los, um die italienische Marine bei der Rettung Schiffbrüchiger zu unterstützen. Auch half man grosszügig den Anrainernstaaten des Bürgerkriegslandes Syrien. Doch Menschen ins Land zu lassen, und sei es Übergangsweise, davon wollten Premier David Cameron und seine Minister nichts wissen. Mit schriller Rhetorik verurteilten sie die «Schwärme» von «plündernden Migranten», die «in unser Land einbrechen» wollten.

Die Bevölkerung schien damit einverstanden zu sein. Von Wohltätigkeitsgruppen, von Kirchen, von der Opposition kam kein Einspruch. Die Zeitungen schrieben vom «Flüchtlingsproblem Europas». Und im britischen Sprachgebrauch heisst Europa: der Kontinent, zu dem wir nicht gehören. Die zunehmend irritierten Proteste von EU-Partnern wurden überhört, Deutschlands Kanzlerin Angela Merkel als Gutmensch verhöhnt.

Die Wende brachte ein Foto: der türkische Polizist mit der Leiche des dreijährigen Aylan Kurdi. Plötzlich ist die Bevölkerung aufgewacht. Und Premier Cameron teilte mit, «als Vater» habe ihn das Bild schwer mitgenommen. Gerade mal 5000 Syrer erhielten seit 2011 Asyl. Nun soll für einige tausend mehr Platz sein unter den 61 Millionen Einwohnern in der sechstgrössten Industrienation der Welt. Man helfe «mit Kopf und Herz», behauptet der Regierungschef. Es ist ein Betonkopf und ein Herz aus Stein.

Sebastian Borger
ausland@tagblatt.ch

AUSLAND 7

PRESSESCHAU

Bundeskanzlerin Angela Merkel stattete der Schweiz am Donnerstag einen offiziellen Besuch ab.

BERNERZEITUNG BZ Die mächtigste Frau der Welt blieb bei ihrem Besuch in Bern freundlich – und vage. Immerhin verbreitete sie einen gewissen Grundoptimismus, ohne dass genau erkennbar wäre, worauf er konkret gründet. Die «Phase der unangenehmen Unsicherheit», wie das Bundespräsidentin Sommaruga beim Besuch von François Hollande nannte, dauert an. Vor allem aber wartet man weiter auf eine klare europapolitische Richtungsvorgabe des Bundesrates.

ARBEITERZEITUNG «Mutti», wie sie von ihren Landsleuten liebevoll genannt wird, hat auch südlich des Rheins zahlreiche Bewunderer. Wie sie die Griechenland-Krise gemanagt hat, gefiel vielen bürgerlichen Schweizern. Wie sie nun ein Herz für Flüchtlinge zeigt, lässt die Linke frohlocken. Ihre Ruhe und Gelassenheit machen parteiübergreifend Eindruck, ihre Authentizität weckt Vertrauen. Und nett ist sie auch noch. Sie gab sich in Bern alle Mühe, das Nachbarland zu loben und für die Gastfreundschaft zu danken. Wohlfühlen mit Angela Merkel.

TAGBLATT

Leitung Regionalmedien: Jürg Weber
Chefredaktion: Philipp Landmark (Chefredaktor); Silvan Lüchinger (stv. Chefredaktor; Leitung Ostschweiz am Sonntag); Bruno Scheible (stv. Chefredaktor; Regionalleiter); Jürg Ackermann (Blattmacher); Sarah Gerteis (Leitung Online-Redaktion)
 Erweiterte Chefredaktion: David Angst (Leitung Thurgauer Zeitung); Daniel Wirth (dwi, Leitung St. Gallen/Gossau); Andreas Bauer (Dienstoff)
Verlag und Druck: St. Galler Tagblatt AG, Fürstenlandstrasse 122, Postfach 2362, 9001 St. Gallen. Telefon 071 272 78 88
Leitung Marketing und Lesermarkt: Christine Bolt (Stv. Leitung Regionalmedien)
Leitung Werbemarkt: Stefan Bai
Verbreitete Auflage: WEMF 2014 128 519 Ex.
Inserate: NZZ Media Solutions AG, Fürstenlandstrasse 122, Postfach, 9001 St. Gallen. Telefon 071 272 77 77, Fax 071 272 73 17. E-Mail: inserate@tagblatt.ch

Asyl-Standorte werden gesucht

Der Bund sucht für den Bau neuer Asylzentren Projektleiter in den Regionen, obwohl die Standortplanung erst in der Ostschweiz abgeschlossen ist. Nächste Woche beugt sich der Nationalrat über die Reform.

DENISE LACHAT

BERN. Um rasche, aber rechtsstaatlich einwandfreie Asylverfahren geht es nächste Woche, wenn die Neustrukturierung des Asylbereichs vom Nationalrat behandelt wird. Kernelement der Reform ist die Einrichtung von rund 16 Bundeszentren mit insgesamt 5000 Plätzen. Dafür ist der Bund auf die Kantone angewiesen: Da er selber nur über 1400 Plätze in seinen fünf Empfangszentren verfügt, müssen 3600 neu geschaffen werden. An der Asylkonferenz vom Frühling 2014 legten Bund, Kantone sowie Städte und Gemeinden den Verteilungsschlüssel fest. Die Schweiz wird in sechs Asylregionen mit je einem Verfahrenszentrum und ein bis drei Ausreisezentren eingeteilt, die Asylsuchenden werden im Verhältnis zur Bevölkerungszahl auf die Regionen verteilt (siehe Grafik). Mit 1280 Plätzen ist die Westschweiz die grösste Region, gefolgt von Zürich mit 870 Plätzen. Dank der Tatsache, dass alle Akteure eines Asylverfahrens unter einem Dach vereint werden, sollen künftig rund zwei Drittel der Verfahren in maximal 140 Tagen erledigt werden – eine Beschleunigung, die «allen Beteiligten nützt», wie Justizministerin Simonetta Sommaruga betont. Denn das lange Warten auf einen Asylentscheid ist sowohl eine Belastung für die Betroffe-

nen wie auch für die Kantone, welche die Gesuchsteller bei sich aufnehmen müssen. Das soll künftig nur noch bei jenen geschätzten 40 Prozent der Fälle sein, deren Gesuche in einem erweiterten Verfahren vertieft geprüft werden müssen. Auch sie sollen künftig aber in spätestens einem Jahr einen Entscheid in der Hand halten. Seit Anfang 2014 testet der Bund die Abläufe in Zürich. Die Zwischenbilanz fiel positiv aus, und auch der Ständerat erteilte der Reform viel Lob.

«Konstruktive Gespräche»

Trotzdem verläuft die Standortplanung harzig. Eigentlich hätte sie Ende 2014 abgeschlossen sein sollen, doch fertig geplant sind bisher erst die 700 Plätze in der Ostschweiz. In Altstätten (SG) wird ein Verfahrenszentrum mit 390 Plätzen gebaut, in Kreuzlingen (TG) ein bestehendes Empfangs- und Verfahrenszentrum (EVZ) als Ausreisezentrum mit 310 Plätzen umgebaut. Weitere Standortentscheide sind im Kanton Freiburg (Giffers), in Zürich (Embrach und Zürich-West) sowie in Solothurn (Flumenthal) gefallen. Und sonst? Gemäss Auskunft des Staatssekretariats für Migration (SEM) gibt es Gespräche mit Liestal im Kanton Basel-Land, Boudry im Kanton Neuenburg, Wyss und Kappelen in Bern. In der Region Zentral- und Südschweiz gibt es noch keinen Standortentscheid.

Trotzdem bleibt SEM-Sprecher Martin Reichlin zuversichtlich, dass die Planung bis Ende Jahr abgeschlossen werden kann. «Die Gespräche verlaufen in allen Regionen konstruktiv.»

«Vorausschauende Planung»

Inzwischen hat das Bundesamt für Bauten und Logistik (BBL) den Turbo gezündet: Es sucht Projektleiter für die Bauten – und zwar auch in jenen Regionen, wo noch kein Standortentscheid gefallen ist, also im Tessin, in der Zentral- und in der Nordwestschweiz. Heinz Brand (SVP/GR) bezeichnet das Vorgehen als «sehr sonderbar»; das spiegle nicht gerade eine Wertschätzung für die Arbeit des Parlaments, moniert der Asylpolitiker der SVP. Immerhin könnte es ja auch noch zu Referendumsabstimmungen kommen. Reichlin hingegen spricht von einer «vorausschauenden Planung»; denn dass jede Region Handbiete für Bundeszentren, sei von zwei nationalen Asylkonferenzen anerkannt. Und die Grössenordnungen für die benötigte Zahl Unterkunfts- und Arbeitsplätze seien bekannt.

Auch den Asylspezialisten von CVP und FDP erscheint das Vorgehen als sinnvoll. Wenn die künftige Projektleitung beim Standortentscheid mitwirken könne, sei dies sicher kein Nachteil, sagt Kurt Fluri (FDP/SO). Unter Dach und Fach sind allerdings auch die bereits beschlossenen Pro-

jekte noch nicht, denn sie hängen zum Teil noch von Volksentscheiden ab. Zudem gibt es in einzelnen Gemeinden heftigen Widerstand. Hans-Jürg Käser, Präsident der Justiz- und Polizeidirektorenkonferenz, bleibt dennoch positiv. Die Erfahrung zeige, dass sich die Lage beruhige, sobald ein Zentrum seinen Betrieb aufgenommen habe (vgl. Interview unten).

CVP-Pfister will geschlossene SP

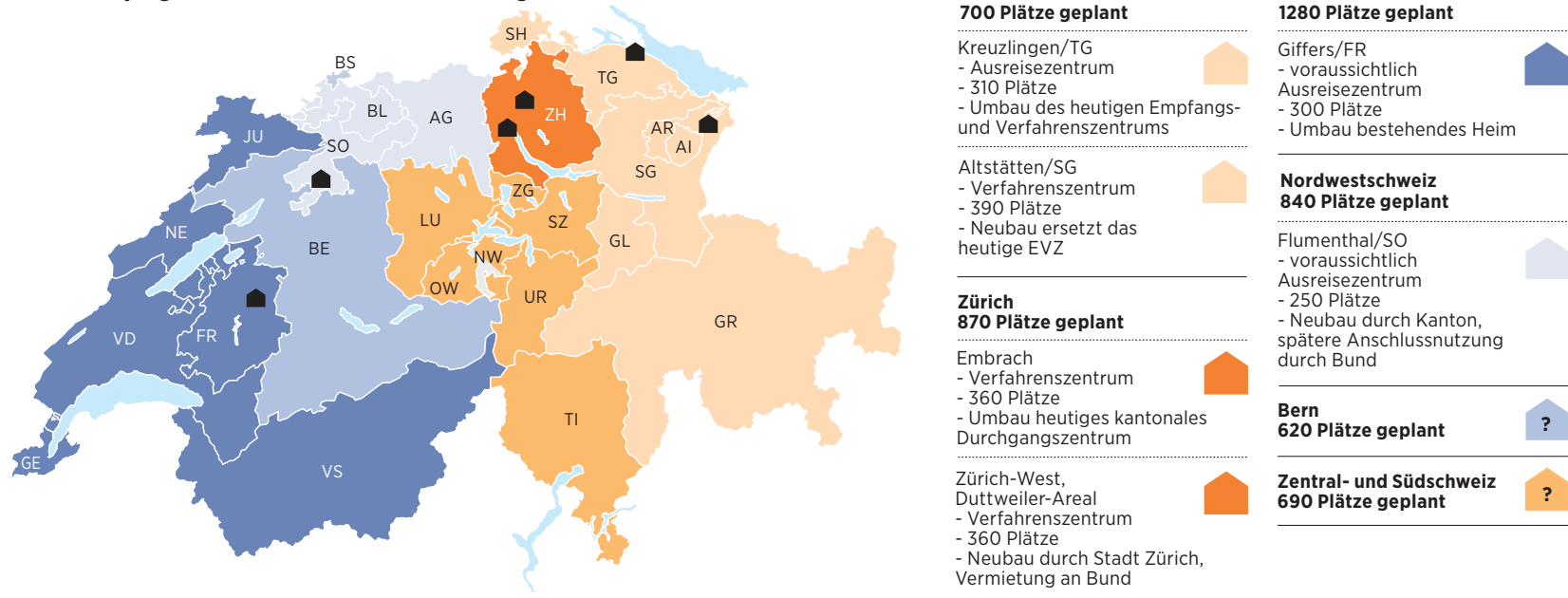
Im Nationalrat stehen die Chancen für eine Annahme der Reform gut. Nach der CVP hat auch die FDP ihre anfängliche Skepsis gegenüber der unentgeltlichen Rechtsberatung für alle Asylbewerber im Bundeszentrum abgelegt und unterstützt die Reform. Die Auswertung des Testprojekts in Zürich zeige, dass die Beschwerdequote bei maximal 13 Prozent liege, sagt Fluri. «Sollte sich zeigen, dass Gratisanwälte die Verfahren verzögern, werden wir korrigieren müssen», ergänzt Gerhard Pfister (CVP/ZG). Die Testphase habe aber das Gegenteil gezeigt. Pfister sagt, die CVP stehe geschlossen hinter der Reform. Und er will dafür sorgen, dass auch die SP die Vorlage ihrer eigenen Bundesrätin ebenso geschlossen mitträgt. Das werde er in der Fraktionssitzung einbringen.

Geschlossene Ablehnung kommt indes von der SVP. Der «Gratisanwalt» ist einer der Gründe dafür.

An diesen Standorten sind Asylzentren des Bundes geplant

Kernstück der geplanten Neustrukturierung des Asylbereichs ist eine Bündelung der Asylverfahren in Bundeszentren für eine raschere Abwicklung der Verfahren. Doch die Planung verläuft harzig: Bisher sind erst wenige Standortentscheide gefallen.

Die sechs Asylregionen mit aktuellem Stand der Planung



Quelle: Staatssekretariat für Migration. Grafik: sgt

«Die Schweiz hat kein Asylchaos»

Wir müssten uns auch in der Schweiz daran gewöhnen, dass der Migrationsdruck hoch bleibe, sagt der Präsident der Justiz- und Polizeidirektorenkonferenz, **Hans-Jürg Käser**. Der geplanten Asylreform misst er dabei grosse Bedeutung zu.

DENISE LACHAT

Herr Käser, nächste Woche kommt die Neustrukturierung des Asylbereichs vor den Nationalrat. Wie wichtig ist diese Reform aus Sicht der Kantone?

Hans-Jürg Käser: Die Reform wurde an zwei nationalen Asylkonferenzen von allen Kantonen ausdrücklich in dieser Form unterstützt. Sie ist für unser Land von grosser Bedeutung.

Wird die auf 24 000 Asylsuchende ausgelegte Reform auch Situationen mit einer steigenden Zahl von Flüchtlingen gerecht?

Käser: Der Bundesrat rechnet für 2015 mit 29 000 Asylgesuchen. Auch wenn die Zahl im nächsten Jahr allenfalls höher sein sollte, ist die Reform sehr wichtig. Wir brauchen eine deutliche Beschleunigung der Verfahren. Selbstverständlich haben wir bei der Vorlage mit Modellrech-

nungen gearbeitet. Wir müssen uns auch in der Schweiz daran gewöhnen, dass der Migrationsdruck hoch bleiben wird.

Der Bund wollte die Standortplanung ursprünglich Ende 2014 abgeschlossen haben, jetzt klappt es vielleicht Ende 2015, sicher abgeschlossen ist erst die Planung in der Asylregion Ostschweiz. Warum geht es nicht rascher?

Käser: Das Staatssekretariat für Migration hat über 90 Standorte für neue Bundeszentren geprüft. Dabei handelt es sich einerseits um bestehende Immobilien, andererseits aber auch um Landflächen, auf denen der Bund Neubauten errichten müsste. Diese Arbeiten brauchen Zeit. Selbstverständlich müssen die Kantone in den sechs Asylregionen und die Standortgemeinden eingebunden werden. Wir können diese Herausforderung nur gemeinsam

packen. Es ist eine klassische Verbundaufgabe.

In vielen Gemeinden ist der Widerstand gegen die geplanten Zentren gross.

Käser: Die Bevölkerung muss überzeugt werden, dass braucht Aufklärung, klare Fakten und Offenheit. In aller Regel stehen Politiker zu Beginn einer grossen Ablehnung gegenüber. Wenn dann ein Zentrum einmal in Betrieb ist, erlebe ich grosses Verständnis seitens der Bevölkerung. Ein gutes Beispiel ist Schafhausen i. E. oder Kappelen bei Lyss. Dort ist die Haltung von Behörden und Bevölkerung durchaus positiv.

Die SVP prangert seit Monaten ein Schweizer Asylchaos an.

Käser: Wir stehen vor den eidgenössischen Wahlen. Da wird halt mit Schlagworten gekämpft. Es gibt in Europa Länder, die völlig überfordert

sind mit der Situation, das belegen zahlreiche Medienberichte eindrücklich. In der Schweiz herrscht kein Asylchaos! Wir stehen vor grossen Herausforderungen, es ist nicht einfach, zusätzliche Unterkünfte zu realisieren, aber viele Gemeinderäte und sehr viele Menschen unterstützen die klare Linie von Bund und Kantonen.



Bild: ky

Hans-Jürg Käser
Präsident der Justiz- und Polizeidirektorenkonferenz